

Neue Erwartungen: Generation Z und der Einstellungswandel zur Außenpolitik

PHILIPP ROTMANN, SARAH BRESSAN, SARAH BROCKMEIER¹

Überblick

- Bisher kaum beachteten Umfragedaten zufolge zeichnet sich in der deutschen Wahlbevölkerung über die letzten Jahre ein Trend zu einem größeren Wunsch nach der **Übernahme von internationaler Verantwortung für die Lösung von Konflikten** ab. Die einstige Mehrheit für „Zurückhaltung“ sinkt seit etwa 2016. Einige Umfragen vom Sommer und Herbst 2019 zeigen sogar ein umgekehrtes Verhältnis: Je knapp die Hälfte der Erwachsenen in Deutschland befürwortet ein stärkeres Engagement sowie den Status quo, während sich nur eine kleine Minderheit weniger Engagement wünscht.
- **Vor allem jüngere Menschen zwischen 18 und 30**, also Angehörige der sog. „Generation Z“ (Gen-Z) und jüngere Millennials, **erwarten deutlich häufiger als andere Altersgruppen eine „stärkere Beteiligung an der Lösung von Konflikten als bisher.“** Dies gilt, anders als bei Älteren, für Frauen und Männer gleichermaßen, und für Ostdeutsche sogar häufiger als für Westdeutsche. Der Befund ist für die Jüngeren robuster, auch über unterschiedliche Umfragen und Frageformulierungen hinweg, als für die Gesamtbevölkerung. Dabei setzt sich die Haltung der Jüngeren im Zeitverlauf immer mehr von der der Älteren ab. Bei den Anhänger:innen der meisten Parteien ist dabei ein erhebliches außenpolitisches Konfliktpotenzial zwischen den Generationen zu erkennen.
- **Eindeutige Ursachen** für die Unterschiede zwischen Jüngeren und Älteren gehen aus den bislang vorliegenden Daten nicht hervor. **Gen-Z und jüngere Millennials fühlen sich weder bedrohter noch sind sie naiver als Ältere.** Jüngere schätzen die Risiken bedrohlicher Ereignisse wie Gewaltkonflikte nicht anders ein als Ältere; ihr Vertrauen in die Sicherheit Deutschlands ist eher höher als das der Älteren. Als die dringlichsten Themen nennen Jüngere vor allem die Klimakrise, Friedenssicherung/Konfliktvermeidung und Terrorismusbekämpfung. „Flüchtlinge und Fluchtursachen“ werden hingegen etwas geringer priorisiert als bei Älteren. Deutlich seltener als Ältere verbinden Jüngere die Aufnahme von Flüchtlingen mit einem höheren Terrorrisiko in Deutschland.
- Auch **zu den konkreten Erwartungen** der Jüngeren **an die Ausgestaltung der nebulösen Formel von „Verantwortung“ und „Engagement“** geben die vorliegenden Daten nur wenige Hinweise. Aus älteren Umfragen wissen wir von hohem Zuspruch für **mehr diplomatisches Engagement** in der Gesamtbevölkerung. Jüngere wünschen sich deutlich häufiger als Ältere mehr Engagement in der **Entwicklungspolitik**. In Bezug auf den **Einsatz militärischer Mittel** ist das Meinungsbild unklar: Während quer durch alle Altersgruppen immer noch die meisten dagegen sind, unterstützen Gen-Z und jüngere Millennials häufiger als Ältere den Einsatz militärischer Mittel zu konkreter benannten Zwecken wie der Terrorbekämpfung oder dem Vorgehen gegen schwere Menschenrechtsverletzungen.

¹ Der Dank der Autor:innen gebührt Alicja Polakiewicz für redaktionelle Unterstützung, Katharina Nachbar und Amanda Pridmore für die Grafiken sowie Julia Friedrich, Julian Lehmann und Janika Spannagel für hilfreiches Feedback.

Bröckelt der alte Konsens der Zurückhaltung?

Globale Pandemien, Krisen und Kriege in der europäischen Nachbarschaft, zehntausende Geflüchtete direkt an der Grenze zu Europa, die bröckelnden transatlantischen Beziehungen und das wackelnde Vertrauen in europäische Solidarität: Nie war deutlicher, dass sich Deutschland stärker engagieren muss, um die eigenen Werte und Interessen zu bewahren. „Mehr internationale Verantwortung“ forderten bereits vor sechs Jahren der damalige Bundespräsident, der Außenminister und die Verteidigungsministerin in einem gemeinsamen Appell bei der Münchner Sicherheitskonferenz 2014.²

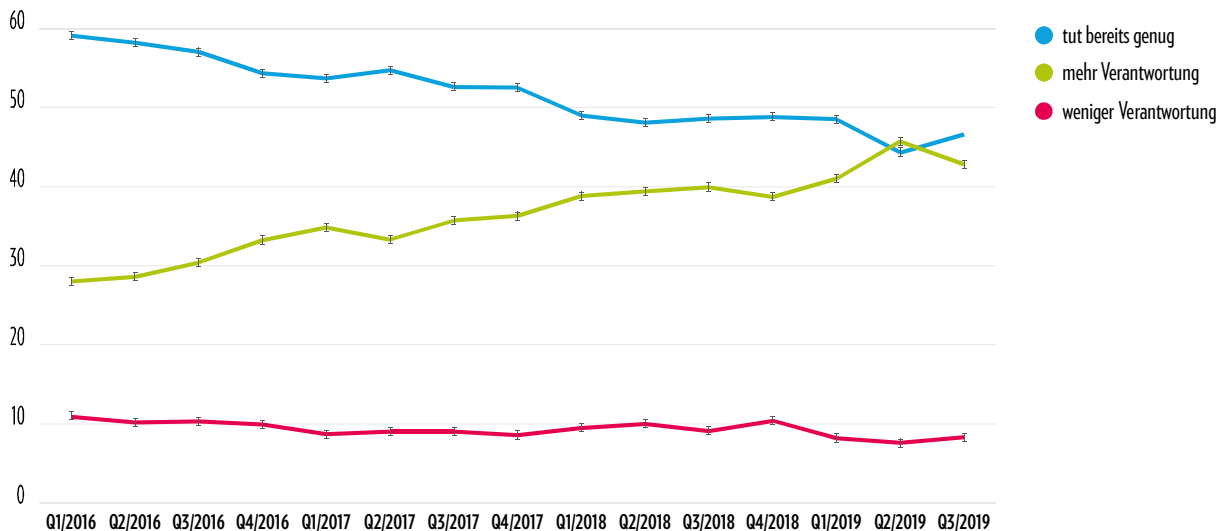
Lange fanden diese Appelle in der deutschen Bevölkerung keine Mehrheiten. Das scheint sich seit einigen Jahren langsam zu ändern. Eine Analyse einschlägiger aktueller Umfragen zeigt: Die bisherige Mehrheit für eine außenpolitische Zurückhaltung Deutschlands ist deutlich zurückgegangen. Die Annahme, eine Mehrheit sehne sich nach einem Rückzug auf den Nationalstaat oder einer Abkehr von der Welt, ist also zumindest im außenpolitischen Rahmen haltlos.

Die bisherige Mehrheit für eine außenpolitische Zurückhaltung Deutschlands ist deutlich zurückgegangen.

Im Herbst 2014 waren es noch gut 60% der Wahlbevölkerung (ab 18 Jahren), die sich „eher für Zurückhaltung“ aussprachen. Nur 37% waren dafür, dass Deutschland mehr Verantwortung übernimmt.³ Ähnlich überwältigende Mehrheiten gegen diesen sogenannten „Münchner Konsens“ – bei aller Unschärfe, was dieser Konsens praktisch in unterschiedlichen Situationen bedeuten würde⁴ (dazu unten mehr) – zeigen sich durchgehend in den Folgejahren. 2016 ist das erste Jahr, für das quartalsweise zusammengefasste Daten aus den Meinungsumfragen vorliegen, die Forsa im Auftrag des Presse- und Informationsamts

den Meinungsfragen vorliegen, die Forsa im Auftrag des Presse- und Informationsamts

Weltpolitische Lage: Sind Sie der Meinung, dass Deutschland mehr Verantwortung oder weniger Verantwortung übernehmen sollte, oder sind Sie der Meinung, Deutschland tut bereits genug? (Zustimmung in Prozent)*



Quelle: Forsa/BPA-Trend (2016-2019) zu "Übernahme außenpolitischer Verantwortung" | * Fallzahl pro Quartal (N) zwischen 6010 und 7534; Schwankungsbreite zw. +/- 0,6% und +/- 1,3%

Schaubild 1: Außenpolitische Verantwortung, Anteil Zufriedener und Ambitionierter im Wandel

² Jochen Bittner/Matthias Nass, [Kurs auf die Welt](#), DIE ZEIT, 06.02.2014, Zugriff: 11.03.2020; Auswärtiges Amt, [Rede von Außenminister Frank-Walter Steinmeier anlässlich der 50. Münchner Sicherheitskonferenz](#), 01.02.2014, Zugriff: 11.03.2020; Der Bundespräsident, [Eröffnung der 50. Münchner Sicherheitskonferenz](#), 31.01.2014, Zugriff: 11.03.2020.

³ Körber-Stiftung, Einmischen oder zurückhalten? Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage von TNS Infratest Politikforschung zur Sicht der Deutschen auf die Außenpolitik, 2014, Tabellenband liegt den Autor:innen vor.

⁴ Siehe auch Thorsten Benner, [Gegen das Geschwurbel](#), Internationale Politik Jan/Feb 2019, Zugriff: 11.03.2020.

der Bundesregierung (BPA) wöchentlich durchführt.⁵ Forsa fand Anfang 2016 nur eine Zustimmung von 28% für die Übernahme von „mehr Verantwortung“, während gut 59% der Meinung waren, Deutschland „tue bereits genug“ und knapp 11% lieber weniger Verantwortung übernehmen wollten.

Innerhalb von vier Jahren hat sich die Meinung von ca. 20% der Wahlberechtigten geändert.

Schrittweise haben sich diese Verhältnisse seitdem weiter verschoben (→ Schaubild 1). Im zweiten Quartal 2019 wünschte sich knapp die Hälfte (46%) „mehr Verantwortung“, ebenso viele (44%) waren der Auffassung, Deutschland „tue bereits genug“ und eine kleine Minderheit (8%) wollte „weniger Verantwortung“ übernehmen. Im dritten Quartal 2019, dem letzten Zeitraum, für den die Bundesregierung diese Daten bisher veröffentlicht hat, waren die Zahlen umgekehrt (43% „mehr“ zu 47% „genug“). Im Großen und Ganzen sehen wir einen Trend hin zu je einer knappen Mehrheit für „tun genug“ und „mehr Verantwortung“. Zwischen 2016 und 2019, innerhalb von vier Jahren, hat sich also die Meinung von ca. 20% der wahlberechtigten Deutschen geändert.⁶ Sie sind mit dem derzeitigen außenpolitischen Engagement ihrer Bundesregierung nicht mehr zufrieden, sondern wünschen sich mehr.

Die quartalsweise Zusammenfassung der im Drei-Wochen-Rhythmus erhobenen Daten⁷ bewirkt, dass die Analyse unabhängig von eventuellen Ausschlägen durch Krisen, die in einzelnen Wochen die Medienberichterstattung geprägt haben und Einstellungen kurzfristig beeinflussen könnten, stichhaltig ist. Der Effekt ist zudem so deutlich, dass er nicht durch statistische Unsicherheit zu erklären ist. Diese liegt für diese Forsa-Daten bei etwa +/- 1%, wie in Schaubild 1 ausgewiesen.

Sie sind mit dem außenpolitischen Engagement nicht mehr zufrieden, sondern wünschen sich mehr.

Die jährlichen Umfragen von Kantar im Auftrag der Körber-Stiftung finden den gleichen Effekt in sehr viel schwächerer Form. Allerdings ist die Fragestellung bei Körber weniger ausgewogen als in der Umfrage des BPA.⁸ Während die laufende BPA-Befragung neben „mehr“ und „weniger“ Verantwortung eine explizite Status-quo-Antwort anbietet, stellt Körber die Befragten im Hinblick auf internationale Krisen vor eine binäre Wahl zwischen „stärker engagieren“ und „weiterhin eher zurückhalten“ (Hervorhebung: GPPi). Die – ebenfalls jährlich durchgeführten – Ipsos-Umfragen im Auftrag des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw) messen schon seit 2014 deutliche Mehrheiten von bis zu 66% für „eine aktive Politik“, um „bei der Bewältigung von Problemen, Krisen und Konflikten mitzuhelfen“.⁹ Diese Zustimmung war zwischen 2015 und 2017 leicht rückläufig und blieb seitdem bis 2019 konstant zwischen 57% und 59%. Durch die ganz andere Fragestel-

⁵ Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, [Gesellschaftliche und politische Einstellungen 2016](#) (Kumulierter Datensatz). GESIS Datenarchiv. ZA6629 Datenfile Version 1.0.0, 2017.

⁶ Presse- und Informationsamt der Bundesregierung: Gesellschaftliche und politische Einstellungen 2017 (Kumulierter Datensatz). GESIS Datenarchiv, Köln 2018. ZA6635 Datenfile Version 4.0.0, doi:10.4232/1.13034; ders.: Gesellschaftliche und politische Einstellungen 2018 (Kumulierter Datensatz). GESIS Datenarchiv, Köln 2019. ZA6717 Datenfile Version 4.0.0, doi:10.4232/1.13309; ders.: Gesellschaftliche und politische Einstellungen 2019 (Kumulierter Datensatz, 1. - 3. Quartal). GESIS Datenarchiv, Köln 2020. ZA6727 Datenfile Version 3.0.0, doi:10.4232/1.13443.

⁷ Die Forsa-Umfrage im Auftrag des BPA wird wöchentlich durchgeführt, aber die außenpolitischen Fragen werden nur alle drei Wochen gestellt.

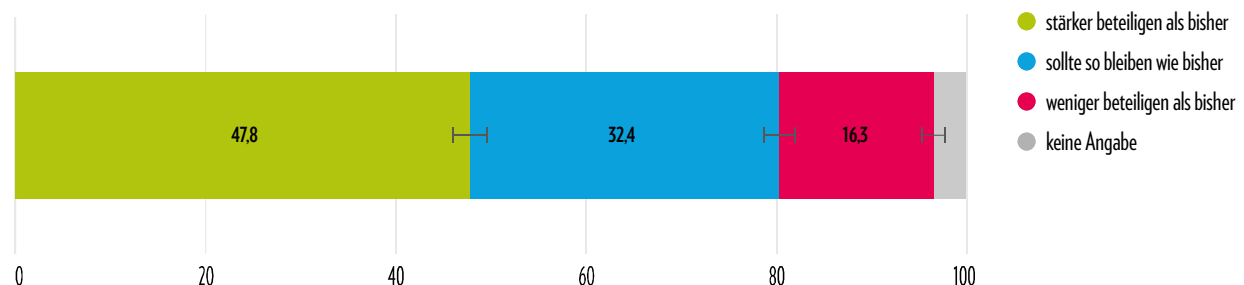
⁸ Körber-Stiftung, Einmischen oder zurückhalten?, liegt den Autor:innen vor; TNS Infratest, „Körber-Stiftung ‘[Deutsche Außenpolitik](#)’ – KW 42/2015 Ergebnisse einer repräsentativen Erhebung – Tabellarische Übersichten“, (Oktober 2015); Kantar Public, „[Außenpolitik – Eine Studie von Kantar Public im Auftrag der Körber-Stiftung – Tabellenbericht](#)“ (November 2016); ders., „[Deutsche Außenpolitik – Oktober 2017 – Eine Studie im Auftrag der Körber-Stiftung, Tabellenbericht](#)“ (November 2017); ders., „[Deutsche Außenpolitik – September 2018 – Eine Studie von Kantar Public im Auftrag der Körber-Stiftung, Tabellenbericht](#)“ (Oktober 2018); ders., „[Deutsche Außenpolitik – September 2019 – Eine Studie von Kantar im Auftrag der Körber-Stiftung, Tabellenbericht](#)“ (Oktober 2019).

⁹ Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, [Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsbild in der Bundesrepublik Deutschland](#), Dezember 2019, Zugriff: 11.03.2020.

lung und Erhebungsmethode (ZMSBw: Haustürbefragung, BPA und Körper: Telefonbefragung) sind die Ergebnisse von Körper und BPA einerseits und die Bundeswehr-Daten andererseits allerdings nicht vergleichbar.

Zusätzlich führte die Forschungsgruppe Wahlen im Auftrag des BPA Anfang April 2019 eine deutlich umfangreichere Telefonumfrage zum Themenkomplex „Krisen & Konflikte“ durch. Die Daten dazu wurden Anfang 2020 veröffentlicht. Sie geben einen detaillierten Einblick in die außen- und sicherheitspolitischen Einstellungen der deutschen Wahlbevölkerung im Frühjahr 2019.¹⁰ Darin wünscht sich fast die Hälfte der Wahlbevölkerung (48%) „in Zukunft eine stärkere Beteiligung an der Lösung von Konflikten“, während knapp ein Drittel (32%) mit dem gegenwärtigen Engagement zufrieden ist und sich nur 16% für weniger deutsche Beteiligung aussprechen. Vergleichbare Daten aus den Vorjahren gibt es nicht, doch die Umfrage zeigt, dass bei einem sehr konkreten Bezug zu Konfliktbearbeitung ein höherer Zuspruch zu verzeichnen ist als bei allgemeineren Fragen nach „mehr Verantwortung“ oder „stärkerem Engagement“ (→ Schaubild 2).

Sollte sich Deutschland in Zukunft stärker als bisher an der Lösung von Konflikten beteiligen, sollte sich Deutschland in Zukunft weniger als bisher an der Lösung von Konflikten beteiligen, oder sollte das so bleiben wie bisher? (Zustimmung in Prozent, N=1026)*



Quelle: Forschungsgruppe Wahlen/BPA (April 2019) zu „Beteiligung an der Lösung von Konflikten“ | * Schwankungsbreite zw. +/- 1,1% und +/- 3,1%

Schaubild 2: An Konfliktlösung beteiligen

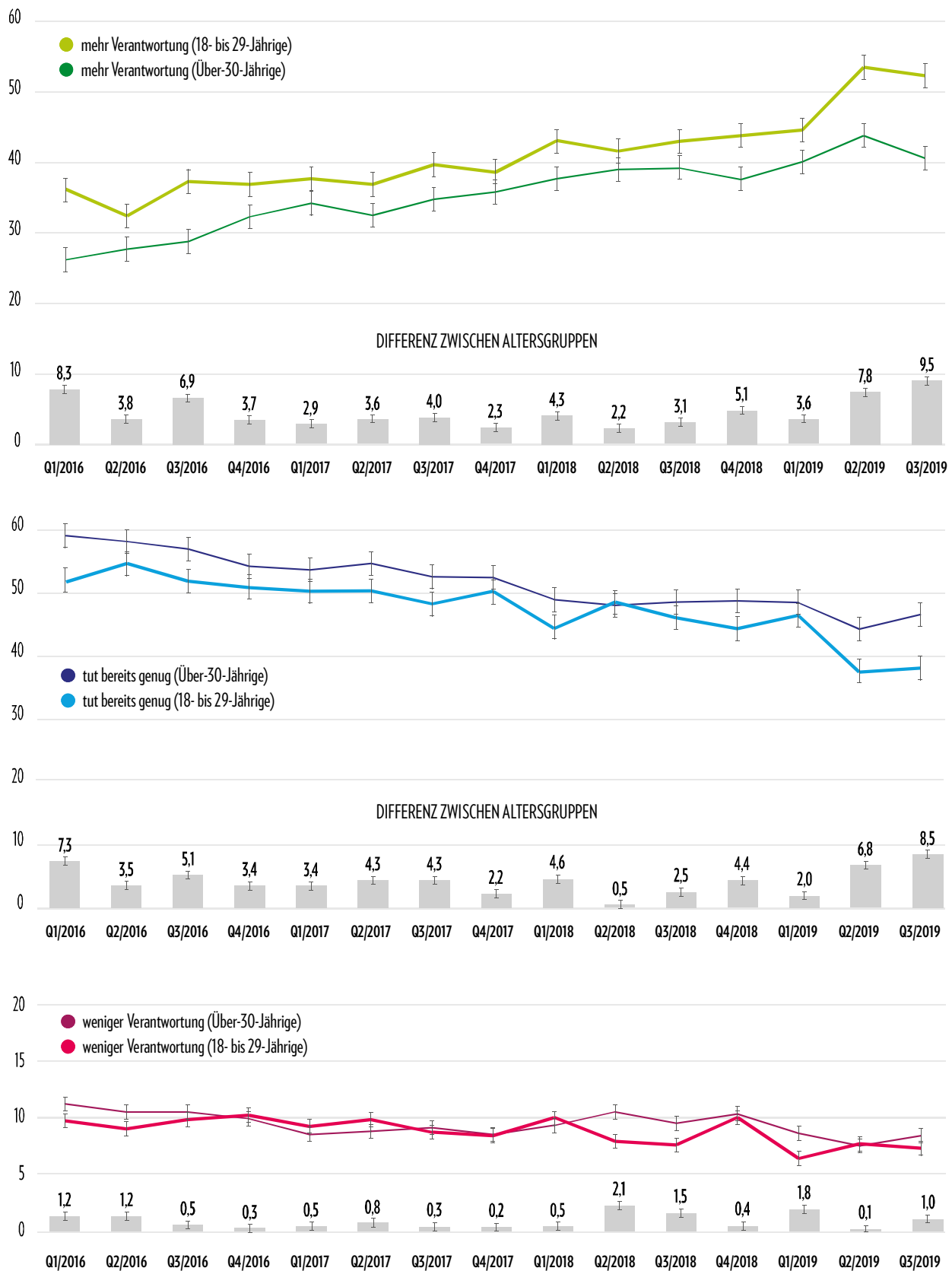
Insgesamt deuten die Ergebnisse der umfassenden Umfragen des BPA damit auf einen Einstellungswandel hin: weg von der klaren Ablehnung des politischen Rufs nach mehr Engagement zwischen 2014 und 2016 und hin zu einer Balance zwischen Ambitionierten und Zufriedenen Mitte 2019. Immer weniger Menschen befürworten stärkere Zurückhaltung. Die Ergebnisse der BPA-Umfrage zu Krisen und Konflikten zeigen als Schnappschuss im April 2019 ein ähnliches Bild. Die Resultate der Körper-Stiftung verzeichnen ebenfalls einen schwachen Trend zu mehr Engagement, der allerdings innerhalb des statistischen Unsicherheitsbereiches liegt und deshalb nicht als verlässlicher Beleg für einen Einstellungswandel gewertet werden kann. Die ZMSBw-Ergebnisse sind aufgrund der Unterschiede der Erhebung nicht direkt mit den anderen Daten vergleichbar, zeigen aber seit 2014 eine eindeutige und seit 2017 relativ konstante Mehrheit für mehr außenpolitisches Engagement.

Erste Daten aus einer Umfrage der Körper-Stiftung vom April 2020 deuten an, dass die Corona-Pandemie diesen Einstellungswandel bisher nicht umgekehrt hat: Weiterhin spricht sich eine große Mehrheit dafür aus, dass Deutschland sein „ziviles und militärisches Engagement im Nahen Osten und Afrika“ so beibehält wie bisher (45%) oder verstärkt (16%).¹¹

¹⁰ Presse- und Informationsamt der Bundesregierung: Krisen und Konflikte. GESIS Datenarchiv, Köln 2019. ZA6733 Datenfile Version 1.0.0, doi:10.4232/1.13400.

¹¹ Körper-Stiftung, [Multilateralismus: Eine Studie von Kantar im Auftrag der Körper-Stiftung. Tabellenbericht](#), 15.04.2020, Zugriff: 20.05.2020.

Weltpolitische Lage: Sind Sie der Meinung, dass Deutschland mehr Verantwortung oder weniger Verantwortung übernehmen sollte, oder sind Sie der Meinung, Deutschland tut bereits genug? (18- bis 29-Jährige vs. Über-30-Jährige; Zustimmung bzw. Differenz in Prozent)*



Quelle: Forsa/BPA-Trend (2016-2019) | * Fallzahl pro Quartal (N) zwischen 6010 und 7534

Schaubild 3: Außenpolitische Verantwortung, Differenzen zwischen Altersgruppen

Generation Z: Raus aus dem Konsens der Zurückhaltung

In der außenpolitischen Einstellungsforschung gibt es im Hinblick auf das außen- und sicherheitspolitische Engagement Deutschlands lang bekannte Unterschiede zwischen Frauen und Männern (Männer sind etwas häufiger für außenpolitisches Engagement als Frauen) sowie zwischen Ost- und Westdeutschen (Westdeutsche sind deutlich häufiger dafür als Ostdeutsche). Bisher kaum beleuchtet ist der Unterschied zwischen den unter 30-Jährigen und den Älteren. Die auffällige Altersgruppe umfasst dabei mehrheitlich die bereits wahlberechtigten Jahrgänge der Generation Z, geboren 1997 und später (die 2019 zwischen 18 und 22 Jahren alt waren) sowie in etwa die jüngere Hälfte der Millennials, geboren zwischen 1990 und 1996 (die 2019 zwischen 23 und 29 Jahre alt waren). Als Millennials gelten gemeinhin die Geburtsjahrgänge zwischen 1982 und 1996 (d.h. 2019 zwischen 23 und 37 Jahre alt).¹²

18-bis-29-Jährige: von einer Mehrheit der Zufriedenen 2016 zu einer Mehrheit der Ambitionierten 2019

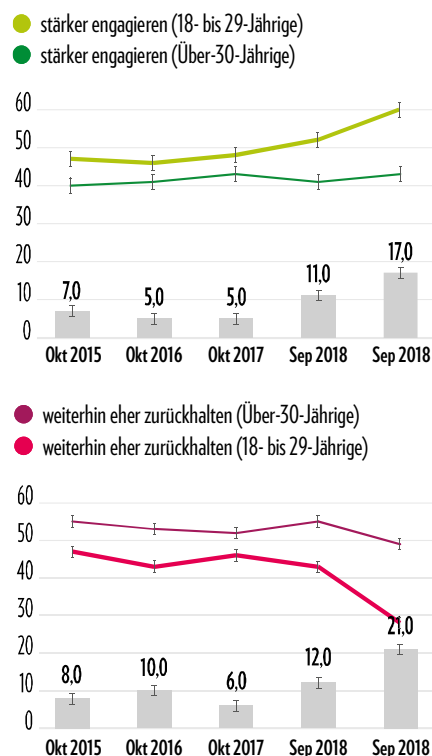
Nicht nur sprechen sich die 18- bis 29-Jährigen mindestens seit 2016¹³ häufiger als Ältere für eine Politik aus, die außenpolitisch „mehr Verantwortung übernimmt“, auch ist die Differenz zwischen den Altersgruppen in der regelmäßigen Forsa-Umfrage des BPA bis 2019 auf über 10 Prozentpunkte angestiegen (→ Schaubild 3). Im zweiten und dritten Quartal 2019 findet der Wunsch nach einer aktiveren Außenpolitik deutliche Mehrheiten unter den 18- bis 29-Jährigen, während in der Gesamtbevölkerung ein Patt zwischen den Zufriedenen („Deutschland tut bereits genug“) und den Ambitionierten („Deutschland soll mehr Verantwortung übernehmen“) besteht.

Während also zwischen 2016 und 2019 über alle Altersgruppen hinweg die klare Überhand der Zufriedenen verschwunden ist und einer Balance mit den Ambitionierten Platz gemacht hat, ist die Veränderung bei den Jüngeren viel dramatischer. Im gleichen Zeitraum haben sich hier die Verhältnisse umgekehrt, von einer Mehrheit der Zufriedenen 2016 zu einer Mehrheit der Ambitionierten 2019 verdeutlicht diesen Wandel.

Den BPA-Befund eines Wandels bei den jüngeren Altersgruppen bestätigen auch die jährlichen Körber-Daten, wobei Körber konkreter nach Krisenengagement fragt. Auf die Frage, ob Deutschland sich künftig bei internationalen Krisen „stärker engagieren“ oder „weiterhin eher zurückhalten“ sollte, plädierten zuletzt (im Herbst 2019) 43% der Befragten aller Altersgruppen für stärkeres Engagement und 49% für eine „weiterhin eher zurückhaltende“ Politik. In der (im Vergleich zu den BPA-Umfragen leicht abweichenden) Altersgruppe von 18 bis 34 sprach sich da-

Nicht nur sprechen sich die 18- bis 29-Jährigen mindestens seit 2016¹³ häufiger als Ältere für eine Politik aus, die außenpolitisch „mehr Verantwortung übernimmt“, auch ist die Differenz zwischen den Altersgruppen in der regelmäßigen Forsa-Umfrage des BPA bis 2019 auf über 10 Prozent-

Was denken Sie: Sollte sich Deutschland künftig bei internationalen Krisen stärker engagieren oder sollte sich Deutschland weiterhin eher zurückhalten? (Zustimmung bzw. Differenz in Prozent)*



Quelle: Kantar für Körber (2015-2019) | * Altersgruppierung ab 2018 geändert, Fallzahlen zw. 1000 und 1021 (alle Altersgruppen), davon zw. 156 und 234 in den jüngeren Altersgruppen

Schaubild 4: Engagieren oder weiterhin eher zurückhalten, Altersdifferenzen

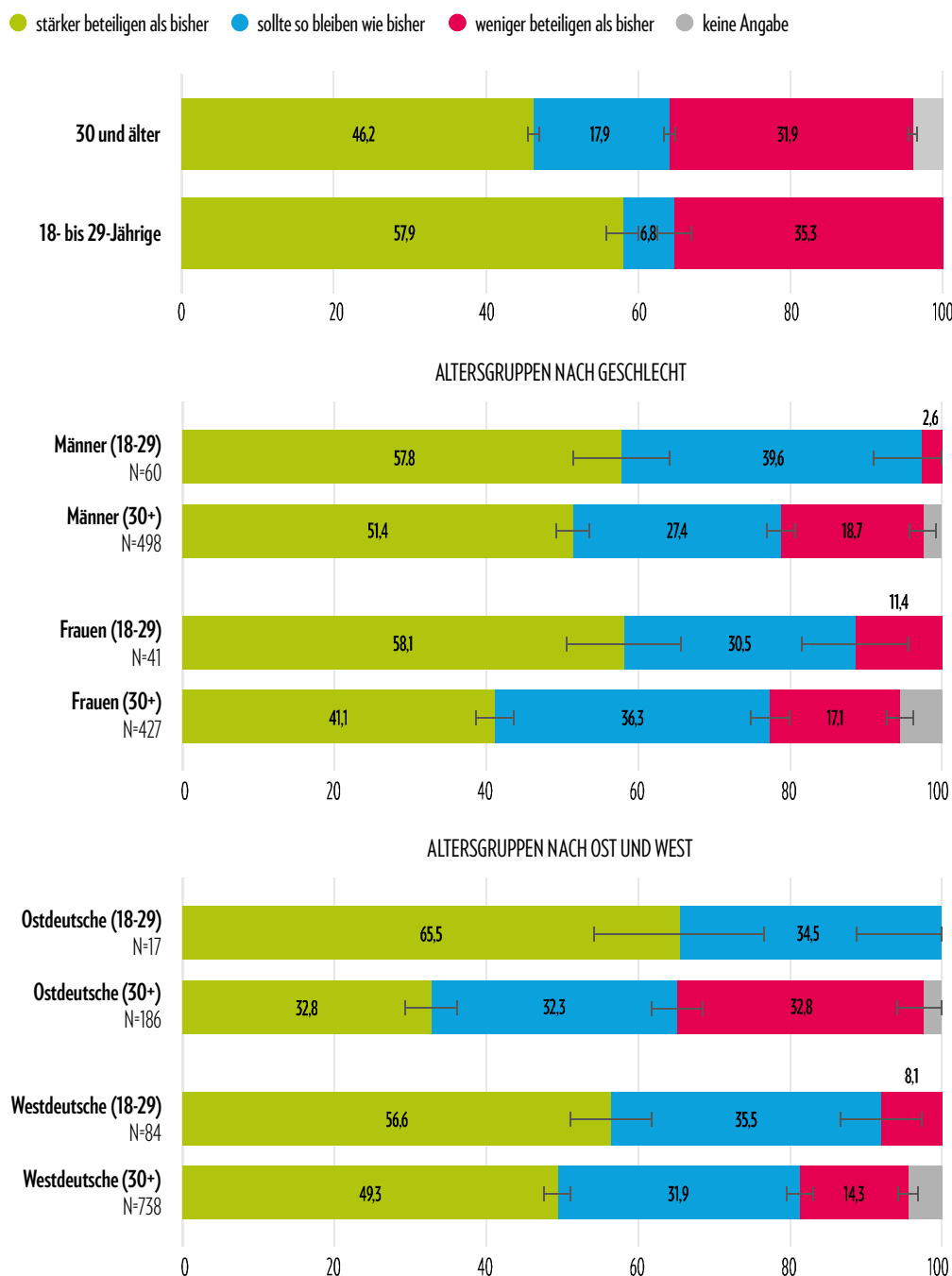
¹² Michael Dimock, [Defining generations: Where Millennials end and Generation Z begins](#), Pew Research Center, 17.01.2019, Zugriff: 16.03.2020.

¹³ Die erste und umfangreichste der jährlichen Umfragen der Körber-Stiftung kam bereits 2014 zum gleichen Befund hinsichtlich der unter 30-Jährigen, damals noch im deutlichen Gegensatz zur überwältigenden Mehrheit der Gesamtbevölkerung, die für Zurückhaltung plädierte. Siehe Körber-Stiftung, „Einmischen oder zurückhalten“.

gegen eine große Mehrheit (60%) für mehr Engagement und nur gut ein Viertel (28%) für weitere Zurückhaltung aus. Die Körper-Umfragen zeigen im Vergleich zum BPA einen stärker wachsenden Unterschied zwischen den jüngsten Befragten und den anderen Altersgruppen (→ Schaubild 4).

Die umfassende Untersuchung zu Krisen und Konflikten der Forschungsgruppe Wahlen im Auftrag des BPA aus dem Jahr 2019 bestätigt den deutlichen Zuspruch für eine engagiertere Außenpolitik, gerade unter den Jüngeren (→ Schaubild 5). Hier wünscht sich im April 2019 eine relative Mehrheit der Gesamtbevölkerung (48%) in Zukunft eine „stärkere Beteiligung an der Lösung von Konflikten“, während knapp ein Drittel (32%) mit dem gegenwärtigen Stand

Sollte sich Deutschland in Zukunft stärker als bisher an der Lösung von Konflikten beteiligen, sollte sich Deutschland in Zukunft weniger als bisher an der Lösung von Konflikten beteiligen, oder sollte das so bleiben wie bisher? (Zustimmung in Prozent, N=1026)*



Quelle: Forschungsgruppe Wahlen/BPA (April 2019), nach Altersgruppen

Schaubild 5: Beitrag zur Konfliktlösung, Geschlechter- und Ost-/West-Differenzen

zufrieden ist und eine kleine Minderheit (16%) lieber weniger deutsche Beteiligung hätte. Bei den 18- bis 29-Jährigen ist diese Haltung noch deutlicher ausgeprägt: Hier erwartet eine absolute Mehrheit (58%) in Zukunft mehr Engagement, für gut ein Drittel (35%) sollte die deutsche Rolle so bleiben wie bisher und nur 7% wünschen sich mehr Zurückhaltung.

Gender- und Ost-/West-Effekte fallen unter Jüngeren ganz anders aus als unter Älteren. Bei den Jüngeren gilt der Wunsch nach mehr Engagement für Frauen und Männer (je 58%) gleichermaßen, während sich bei den Älteren deutlich mehr Männer (51%) als Frauen (41%) für eine engagiertere Außenpolitik aussprechen. Der Unterschied zwischen den Altersgruppen ist dabei vor allem bei den Frauen sehr ausgeprägt (58% der Jüngeren gegenüber 41% der Älteren).

Außenpolitische Differenzen zwischen den Altersgruppen sind unter Frauen und Ostdeutschen stärker ausgeprägt

Jüngere Ostdeutsche sind eher (65%) als ihre westdeutschen Altersgenoss:innen (56%) für eine stärkere Beteiligung an der Lösung von Konflikten, während es bei den Älteren umgekehrt ist (Ost: 33%; West: 49%). Diese Unterschiede zwischen den Altersgruppen sind im Osten viel ausgeprägter als im Westen.¹⁴

Die höhere Erwartung Jüngerer an eine engagierte Außenpolitik im Hinblick auf Konflikte zieht sich nahezu durch alle Parteipräferenzen,¹⁵ außer bei den Anhänger:innen der SPD. In den Daten der BPA-Zeitreihe wird allerdings bei den Anhänger:innen der meisten Parteien erhebliches außenpolitisches Konfliktpotenzial zwischen den Generationen deutlich (→ Schaubild 6).

Die größten Gegensätze zeigen die Anhänger:innen der AfD, die als einzige zu mehr als 20% „weniger Engagement“ fordern: Während unter den über 30-Jährigen knapp die Hälfte der Meinung ist, „Deutschland tue schon genug“, will je etwa ein Viertel mehr bzw. weniger Engagement. Bei den Jüngeren sind die Verhältnisse seit 2019 stark verschoben: 42% wollen mehr, nur 18% weniger Engagement – doch auch hier besteht eine deutliche Spaltung der Anhänger:innenschaft. Die beiden Extrempositionen wachsen insbesondere bei jüngeren AfD-Anhänger:innen. Damit wird in dieser Altersgruppe der Anteil derer, die mit dem derzeitigen außenpolitischen Engagement zufrieden sind, immer kleiner.

Erhebliches Konfliktpotenzial innerhalb der Anhängerschaften der meisten Parteien

Bei den Anhänger:innen der Linkspartei besteht keine vergleichbare Spaltung zwischen Befürworter:innen einer „mehr“ oder „weniger“ engagierten Außenpolitik. Die Kräfteverhältnisse sind ähnlich wie in der Gesamtbevölkerung: Je knapp die Hälfte ist zufrieden oder will mehr Engagement, nur 10% wollen weniger. Bei den Jüngeren haben die Ambitionierten allerdings deutlich die Oberhand. Ganze zwei Drittel (66%) der Anhänger:innen der Linkspartei unter 30 wünschen sich eine aktivere Außenpolitik. Damit dürfte zwar nicht in erster Linie militärisches Engagement gemeint sein, dennoch ist es bemerkenswert, wie stark sich hier die Altersgruppen unterscheiden – und zwar erst seit ein bis zwei Jahren (2018/19).

In ähnlicher Weise wird bei den Anhänger:innen der Grünen deutlich, dass die Jüngeren (65%: mehr Engagement) entweder höhere Erwartungen an außenpolitisches Engagement hegen oder deutlich weniger Sorgen mit dem Begriff verbinden als Ältere (56%). Die Entwicklung dieser Zahlen seit 2016 zeigt, dass sich die Einstellungen der Grünen-Wähler:innen insgesamt hin zu stärkerer Erwartung einer engagierten Außenpolitik bewegen. Doch während sich unter den älteren Grünen-Wähler:innen die Schere zwischen Zufriedenen („tut bereits genug“) und Ambitionierten über die letzten zwei Jahre bei 56% zu 39% (Differenz: 17%) eingependelt hat, ist sie unter den Jüngeren auf mehr als das Doppelte – 65% zu 29% (Differenz: 36%) – gewachsen.

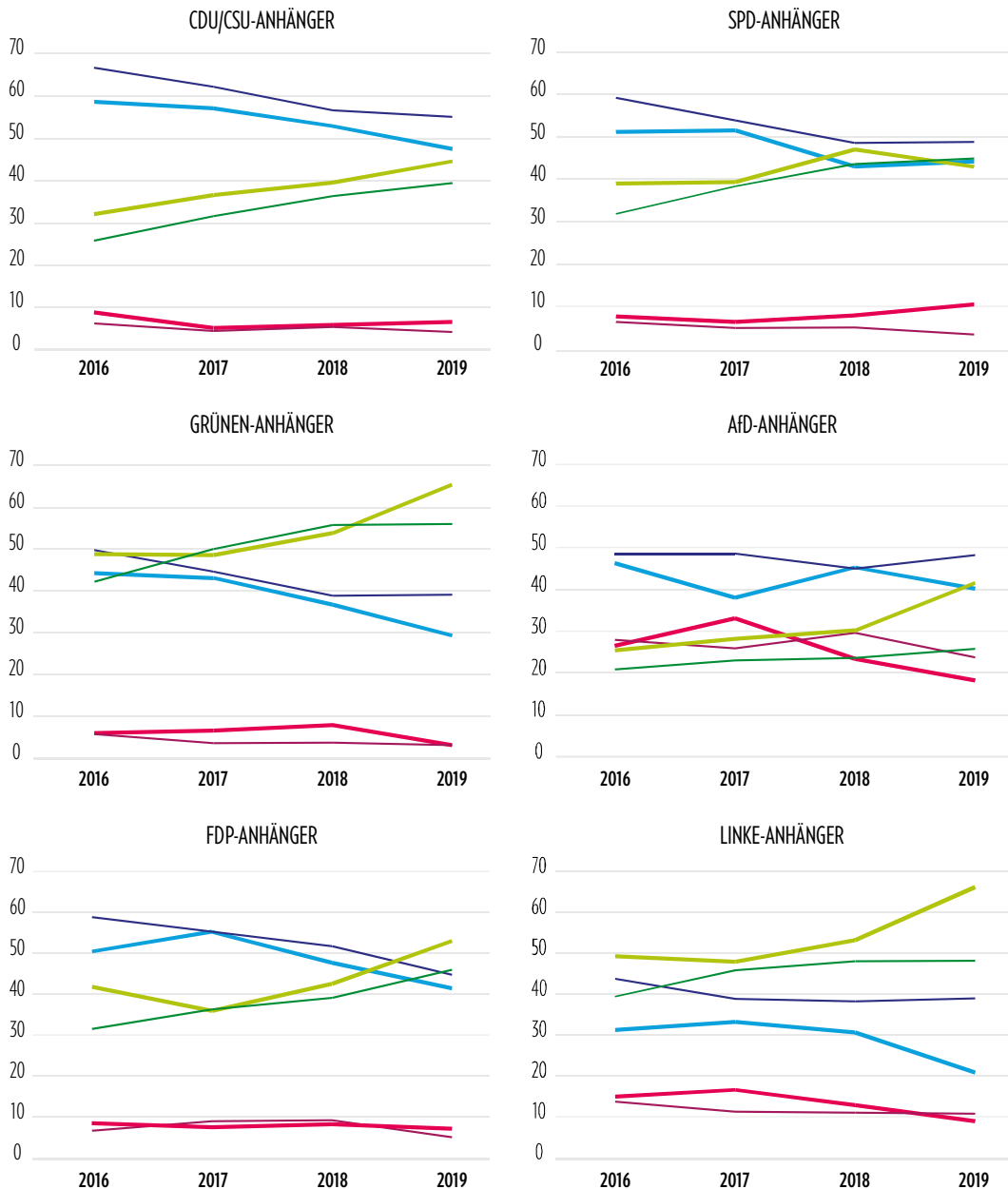
¹⁴ Bei nur 17 ostdeutschen Befragten unter 30 Jahren ist hier allerdings bei der Interpretation Vorsicht geboten.

¹⁵ Die Parteipräferenz bezieht sich hier auf die durch die Umfrage erhobene Bundestagswahlabsicht.

Weltpolitische Lage: Sind Sie der Meinung, dass Deutschland mehr Verantwortung oder weniger Verantwortung übernehmen sollte, oder sind Sie der Meinung, Deutschland tut bereits genug?

Bundestagswahlabsicht, nach Altersgruppen (Zustimmung in Prozent)*

- mehr Verantwortung (Über-30-Jährige) ● weniger Verantwortung (Über-30-Jährige) ● tut bereits genug (Über-30-Jährige)
- mehr Verantwortung (18- bis 29-Jährige) ● weniger Verantwortung (18- bis 29-Jährige) ● tut bereits genug (18- bis 29-Jährige)



Quelle: Forsa/BPA-Trend (2016-2019) | * Fallzahl 18- bis 29-Jährige: N=1799; Fallzahl Über-30-Jährige: N=17221

Schaubild 6: Verantwortung übernehmen, Altersdifferenzen der Partei-Anhängerschaften

Bei den Anhänger:innen der SPD zeigt sich die geringste Differenz zwischen den Altersgruppen bei der Frage nach außenpolitischem Engagement, gefolgt von den Anhänger:innen der Union und der FDP. Als einzige Gruppe der unter 30-Jährigen ist der Wunsch nach stärkerem Engagement im letzten Jahr bei den jüngeren SPD-Wähler:innen zurückgegangen (2018: 48%, 2019: 43%) und der nach weniger Engagement gewachsen (2018: 8%, 2019: 11%). Bei den jüngeren Anhänger:innen der Unionsparteien ist nur noch eine knappe Mehrheit (2019: 48%) zufrieden mit dem internationalen Engagement; der Anteil der Befürworter:innen von mehr Engagement wächst (2018: 40%, 2019: 45%), und nur Wenige wünschen sich weniger.

Mehrheitlich mehr Engagement wünschen sich jeweils die jüngeren Anhänger:innen von Linken (66%), Grünen (65%) und FDP (53%) sowie die älteren Grünen-Wähler:innen (56%). Ob sich die Anhänger:innen der verschiedenen Parteien auf eine gemeinsame Art außenpolitischen Engagements einigen könnten, ist damit allerdings bei Weitem nicht gesagt – eine Kernschwäche dieser Fragestellung, die wir in den nächsten Abschnitten ausführlicher aufgreifen.

Die detailliertere BPA-Umfrage zu Krisen und Konflikten vom April 2019 hat eine Reihe von weiteren Fragen untersucht. Doch die Zahl der Befragten ist dort zu niedrig für eine aussagekräftige Auswertung nach Parteipräferenzen.¹⁶

Gen-Z, Millenials und die Welt: optimistischer und ambitionierter

Bei den beobachteten Unterschieden muss zunächst offen bleiben, ob es sich um Alters- oder Kohorteneffekte handelt – also ob die Erwartungen der aktuell jüngeren Generation mit dem Alterwerden sinken oder ob sie mit steigendem Alter relativ konstant bleiben. Die Zeitreihendaten des BPA sind noch nicht über einen hinreichend langen Zeitraum verfügbar, um hierzu belastbare Aussagen treffen zu können. Doch der Unterschied zwischen den Befragten unter 30 bzw. 35 Jahren (je nach Umfrage) und den Älteren ist bei entscheidenden Fragen so deutlich, dass sich eine erste Einordnung nach Generationen anbietet.

Im Vergleich zur Gesamtbevölkerung zeigt insbesondere die detaillierte Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen zu Krisen und Konflikten im Auftrag des BPA 2019 eine Reihe interessanter Befunde im Bezug auf diese Altersgruppen:

- Obwohl es zwischen Jüngeren und der Gesamtbevölkerung kaum Differenzen bei der Erwartung zukünftiger Konflikte (insgesamt Zunahme: 62%, keine Änderung: 33%) und „Flüchtlingswellen“ (weitere kommen auf Deutschland zu: 58%) gibt, bestehen erhebliche Unterschiede in der Wahrnehmung wirtschaftlicher und politischer Unsicherheit sowie konkreter Bedrohungen. Die 18- bis 29-Jährigen finden deutlich seltener (39% ggü. 61% der Älteren), dass sie „in unsicheren Zeiten leben“ und glauben häufiger (81% ggü. 69%), dass „Deutschland eine (sehr) sichere Zukunft hat“. Als die wichtigsten Probleme weltweit nennen Jüngere vor allem die Klimakrise (38%, Ältere: 32%), Friedenssicherung/Konfliktvermeidung (31% ggü. 36%) und die Terrorismusbekämpfung (31% ggü. 26%), während „Flüchtlinge und Fluchtursachen“ etwas weniger wichtig gesehen werden als bei den Älteren (13% ggü. 23% der Erstnennungen, Zweitnennungen umgekehrt).¹⁷ Während 55% der Älteren glauben, dass „wegen der Flüchtlinge die Gefahr von Anschlägen bei uns deutlich höher ist“, sehen dies nur 37% der Jüngeren so. Das Thema Weltwirtschaft und Freihandel finden die Jüngeren sehr viel weniger relevant.
- Besonders interessant sind die Ergebnisse zu Fragen nach politischen Gestaltungsmöglichkeiten und Erwartungen. Gut 70% aller Befragten erwarten, dass sich „durch eine andere Wirtschafts- und Entwicklungspolitik der EU weniger Flüchtlinge auf den Weg nach Europa machen würden“. Hier sind Jüngere etwas nüchterner (63%) als Ältere (72%). Gut zwei Drittel der Gesamtbevölkerung meinen, dass Deutschland „einen Beitrag leisten kann, um die Fluchtursachen in Afrika zu bekämpfen.“ Diese Erwartung ist umgekehrt bei Jüngeren (74%) noch stärker ausgeprägt als bei Älteren (66%). Übergroße Mehrheiten (84%) durch alle Altersgruppen wünschen sich „entschiedenen Einsatz“ für die Menschenrechte, hier sind 18- bis 29-Jährige nur noch deutlicher (92%) als die ältere Gruppe (82%). Größere Unterschiede gibt es bei der „Förderung der Demokratie in anderen

¹⁶ In der Detailumfrage der Forschungsgruppe Wahlen im Auftrag des BPA (April 2019) sind nur 101 von insgesamt 1026 Befragten unter 30 Jahre alt. Bei weiterer Aufschlüsselung nach Parteipräferenz resultiert das in niedrigen einstelligen Fallzahlen in der jüngeren Altersgruppe.

¹⁷ Gefragt wurde: „Was ist Ihrer Meinung nach gegenwärtig das wichtigste Problem weltweit?“ (Erstnennung) sowie „Und was ist ein weiteres wichtiges Problem weltweit?“ (Zweitnennung).

Ländern“. Hier bevorzugen Ältere „eher Zurückhaltung“ (56%), während sich eine ebenso klare Mehrheit der Jüngeren „entschiedenen Einsatz“ wünscht (54%) – ohne dass die Fragestellung präzisiert, was dies jeweils bedeuten würde und welche Kosten und Risiken damit verbunden wären.¹⁸

- Naiv sind die Jüngeren außenpolitisch jedenfalls nicht: Nur 11% der Jüngeren (Ältere: 21%) erwarten ein geschlosseneres Auftreten der EU in außenpolitischen Fragen, obwohl sie es zu 60% sehr wichtig und zu 30% wichtig fänden – ähnlich wie die Älteren auch. 62% der Jüngeren finden, dass „Europa zu stark von Gas-Lieferungen aus Russland abhängig ist“, 30% widersprechen. Bei den Älteren stimmen nur 51% dieser Aussage zu, während 42% widersprechen. Bei der Frage, ob die westliche Politik gegenüber Russland und Putin „zu feindselig“ sei, sind sich alle Altersgruppen zutiefst uneinig: jeweils knapp die Hälfte verneint bzw. bejaht die Frage.

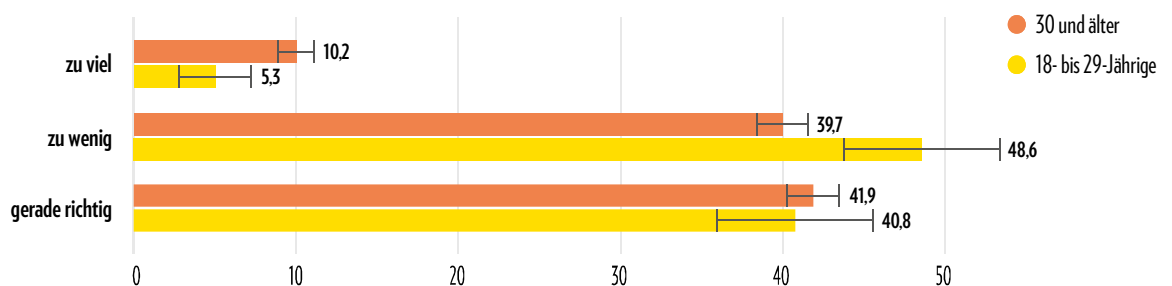
Gegenüber 49% der Älteren interessieren sich nur 38% der 18- bis 29-Jährigen „stark oder sehr stark“ für Außenpolitik, entsprechend mehr der Jüngeren (25% im Vergleich zu 14% der Älteren) „kaum oder gar nicht“. Das geringere Interesse jüngerer Menschen an dem, was sie unter „Politik“ verstehen, betrifft allerdings alle Politikfelder und hindert jüngere Menschen nicht daran, zu politischen Fragen Position zu beziehen und sich zu engagieren (vgl. Fridays for Future).¹⁹

Was heißt „stärkere Beteiligung“ konkret?

Was stellt sich die relative Mehrheit (48%) aller Altersgruppen und insbesondere die klare Mehrheit der 18- bis 29-Jährigen (58%, beides Forschungsgruppe/BPA) also darunter vor, wenn sie sich dafür ausspricht, dass Deutschland sich „stärker bei der Lösung von Konflikten beteiligen“ sollte?

Während das ZMSBw regelmäßig nach diplomatischen Mitteln fragt, erhob die Körber-Stiftung dazu nur 2014 Daten. Dabei stimmten bei Körber 85% aller Befragten einem stärkeren diplomatischen Engagement zu, ohne relevante Altersunterschiede. Die Umfragen des

Was meinen Sie, tut Deutschland im Bereich Entwicklungshilfe alles in allem... (Zustimmung in Prozent, N=1026)*



Quelle: Forschungsgruppe Wahlen/BPA (April 2019), nach Altersgruppen | * fehlende zu hundert: "keine Angabe"; Schwankungsbreiten: zwischen +/- 1,8% und +/- 3,2% (Über-30-Jährige) bzw. zwischen +/- 4,4% und +/- 9,7% (18- bis 29-Jährige)

Schaubild 7: Engagement im Bereich Entwicklungshilfe, Altersdifferenzen

¹⁸ Gefragt wurde: „Was meinen Sie, soll sich Deutschland entschieden für die Förderung der Demokratie in anderen Ländern einsetzen, oder soll sich Deutschland da eher zurückhalten?“

¹⁹ Bundesamt für Statistik, [Kapitel 9. Politische und gesellschaftliche Partizipation: Auszug aus dem Datenreport 2018](#), S. 351, Zugriff: 16.03.2020; Redaktion Internationale Politik, [Interesse an Außenpolitik, IP-Forsa-Frage November/Dezember 2012](#), Zugriff: 16.05.2020.

ZMSBw messen seit Jahren eine steigende Zustimmung zu diplomatischen Mitteln (85% im Jahr 2019), ebenfalls ohne einen signifikanten Unterschied zwischen den Altersgruppen.²⁰

Nach diplomatischen Mitteln wurde in der BPA-Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen zu Krisen und Konflikten im April 2019 nicht gefragt. Auch ob entwicklungspolitische Mittel von den Befragten als möglicher Beitrag zur Konfliktlösung gesehen werden, bleibt in der Fragestellung des BPA leider offen. „Alles in allem tut Deutschland im Bereich Entwicklungshilfe“ allerdings vor allem aus Sicht der Jüngeren „zu wenig“ (49%), während sich bei den über 30-Jährigen die Ambitionierten („zu wenig“: 40%) und die Zufriedenen („gerade richtig“: 42%) die Waage halten (→ Schaubild 7).

Militärisches Engagement ist in keiner Altersgruppe beliebt, doch die entschiedene Ablehnung ist unter Jüngeren weniger häufig

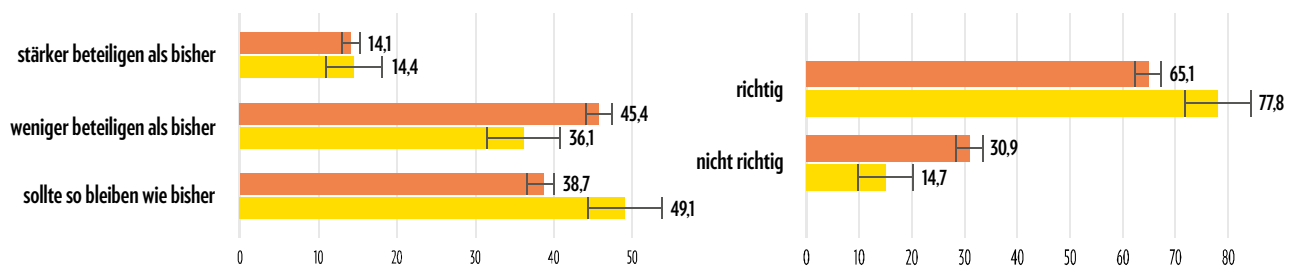
Militärisches Engagement ist in keiner Altersgruppe beliebt: Eine gegenüber dem derzeitigen Maß stärkere militärische „Beteiligung bei der Lösung von Konflikten in der Welt“ wünschen sich nur 14%. Hier unterscheiden sich die 18- bis 29-Jährigen nicht von den Älteren (→ Schaubild 8).

Auffällig ist allerdings, dass der Wunsch nach „weniger Beteiligung an der militärischen Lösung von Konflikten“ unter den jüngeren Altersgruppen geringer ausgeprägt ist (36%, Hervorhebung: GPPi) als bei den Älteren (45%). Die entschiedene Ablehnung militärischer Mittel scheint unter Jüngeren also weniger weit verbreitet als in der Ü30-Gruppe. Der aktuelle Umfang militärischer Beiträge zum Konfliktmanagement erfreut sich analog dazu bei den Jüngeren größerer Unterstützung als bei den Älteren. Und in die gleiche Richtung geht auch der Unterschied bei der Akzeptanz militärischer Einsätze zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus. Dies finden über alle Altersgruppen zwei Drittel „richtig“ (67%), bei den 18- bis 29-Jährigen sind es herausragende 78%, bei den über 30-Jährigen nur 65%.

Sollte sich Deutschland bei der Lösung von Konflikten in der Welt in Zukunft auch militärisch stärker beteiligen als bisher, weniger beteiligen als bisher, oder sollte das so bleiben wie bisher? (Zustimmung in Prozent, N=1026)*

Finden Sie es richtig, dass sich Deutschland an internationalen Einsätzen gegen Terrorismus militärisch beteiligt oder finden Sie das nicht richtig? (Zustimmung in Prozent, N=1026)*

● 30 und älter ● 18- bis 29-Jährige



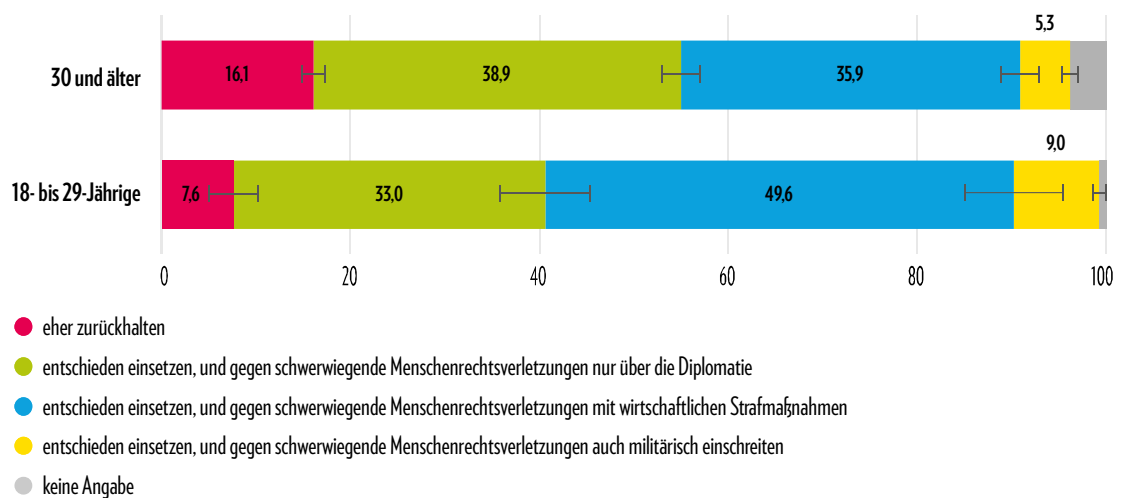
Quelle: Forschungsgruppe Wahlen/BPA (April 2019) | * fehlende zu hundert: "keine Angabe"

Schaubild 8: Militärische Beteiligung an Konfliktlösung bzw. Terrorbekämpfung, Altersdifferenzen

Beim Einsatz unterschiedlicher Mittel gegen „schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen“ (wo sich 82% der Älteren und 92% der Jüngeren ein „entschiedenes“ Vorgehen wünschen, siehe oben) zeigt sich ein ähnliches Bild (→ Schaubild 9). Von den über 30-Jährigen, die sich ein entschiedeneres Vorgehen wünschen (82%), will fast die Hälfte „nur die Diplomatie“ einsetzen (47%), während die jüngeren Befürworter:innen eines entschiedeneren

²⁰ Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr, „Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsbild in der Bundesrepublik Deutschland.“

Für Menschenrechte einsetzen, aber wie? (“Was meinen Sie, soll sich Deutschland international für die Menschenrechte einsetzen?” und “Wie sollte Deutschland gegen schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen vorgehen?” / Zustimmung in Prozent, N=1026)



Quelle: Forschungsgruppe Wahlen/BPA (April 2019), nach Altersgruppen

Schaubild 9: Einsatz für Menschenrechte, unterschiedliche Mittel, Altersdifferenzen

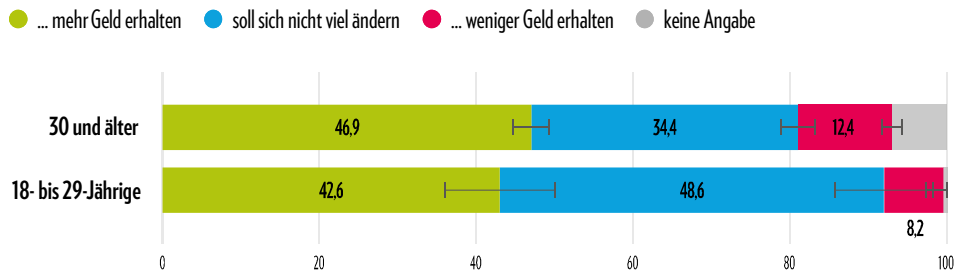
Einsatzes (92%) nur zu gut einem Drittel (36%) zu derartiger Selbstbeschränkung bereit sind. „Wirtschaftliche Strafmaßnahmen“ sind unter Gen-Z und jüngeren Millennials mehrheitlich akzeptiert (54%), unter Älteren weniger (44%). Selbst die Bereitschaft zum Einsatz militärischer Mittel gegen schwere Menschenrechtsverletzungen ist bei den unter 30-Jährigen, die sich ein entschiedeneres Vorgehen wünschen, zwar weiterhin niedrig, aber gut eineinhalb mal so hoch (10%) wie bei den über 30-Jährigen (6%).

Mehr Handlungsfähigkeit: NATO beibehalten, EU aufbauen, Patt bei den Verteidigungsausgaben

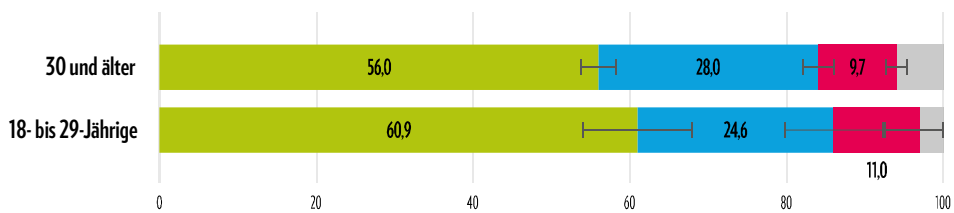
Dass ein Großteil der Bevölkerung die Erhöhung der Verteidigungsausgaben der letzten Jahre mitträgt und auch weitere Investitionen unterstützt, haben unterschiedliche Umfragen immer wieder bestätigt – so auch die Forschungsgruppe Wahlen für das BPA, die das Thema im Frühjahr 2019 mit zwei verschiedenen Formulierungen getestet hat. Wurde die Frage in den Kontext „Bundeswehr und Verteidigung“ gestellt, lag die Zustimmung bei 57%; beim Framing als Kosten der „Auslandseinsätze“ nur bei 46%. Die leichten Abweichungen unter den Jüngeren bewegen sich im Rahmen der Fehlertoleranz (→ Schaubild 10).

Hinsichtlich einer weiteren „deutlichen Erhöhung zur Erreichung des 2%-Ziels“ ist die Bevölkerung aber gespalten: 46% sind dafür, 48% meinen „Deutschland sollte das nicht tun“. Angesichts eines statistischen Fehlers von etwa +/- 4% ist das ein Patt. Zwischen den Altersgruppen bleiben die Unterschiede ebenfalls innerhalb des statistischen Unsicherheitsbereiches. Andere Formulierungen der Frage durch das ZMSBw (Frühjahr 2019) und die Körber-Stiftung (Herbst 2019) lassen allerdings vermuten, dass es die Jüngeren sind, die eine Erhöhung des Verteidigungsbudgets eher ablehnen. Bei der ZMSBw-Frage „Sollten die Ausgaben für die Verteidigung in Zukunft erhöht werden, sollten diese verringert werden oder sollten sie gleich bleiben?“ war 2019 knapp die Hälfte der Befragten (45%) für eine Erhöhung, gut ein Drittel (38%) für „gleich bleiben“ und gut ein Neuntel (12%) für eine Verringerung. Bei den 16- bis 29-Jährigen sprachen sich nur 38% für eine Erhöhung aus, 39% für „gleich bleiben“ und 15% für eine Verringerung. Bei der sehr ähnlichen Frage der Körber-Stiftung („erhöhen“, „senken“, „auf dem derzeitigen Niveau halten“) sind es ebenfalls die Jüngeren (hier: 18-34 Jahre), die sich im Vergleich am häufigsten gegen eine Erhöhung aussprechen (35% für Erhöhen gegenüber 40% in allen Altersgruppen, 37% für das gleiche Niveau gegenüber 41% in allen Altersgruppen und 21% für Senken gegenüber 15% in allen Altersgruppen).

Deutschland beteiligt sich an einer Reihe von militärischen Auslandseinsätzen. Was meinen Sie, soll die Bundeswehr deshalb in Zukunft... (Zustimmung in Prozent, N=1026)



Was meinen Sie zu den Ausgaben für Bundeswehr und Verteidigung? Soll die Bundeswehr in Zukunft mehr Geld erhalten? (N=1026)



Quelle: Forschungsgruppe Wahlen/BPA (April 2019)

Schaubild 10: Ausgaben für die Bundeswehr, Auslandseinsätze bzw. Verteidigung, Altersdifferenzen

Abgesehen von Investitionen in Diplomatie, Entwicklungshilfe und die Bundeswehr sehen die Deutschen insbesondere die EU in der Pflicht und finden, dass diese sich bei der Lösung von Konflikten in der Welt „stärker beteiligen sollte“ (52%). Auch hier sind es mehr Jüngere (64%) als Ältere (51%), die diese Forderung teilen. Das gleiche Bild besteht mit Blick auf die NATO: Die Jüngeren sind noch stärker (89%) als die Älteren (80%) der Meinung, dass „wir das westliche Verteidigungsbündnis NATO auch in Zukunft brauchen“. Im NATO-EU-Vergleich als „militärische Organisation“ spricht sich altersunabhängig eine Mehrheit (55%) für die Nutzung der NATO aus, während gut ein Drittel (36%) den „Aufbau einer eigenen militärischen Organisation der EU“ bevorzugt. Für den Aufbau „gemeinsamer europäischer Streitkräfte unter einem europäischen Oberbefehl“ gibt es in einer anderen Frage ebenfalls eine Mehrheit aller Altersgruppen (58%).

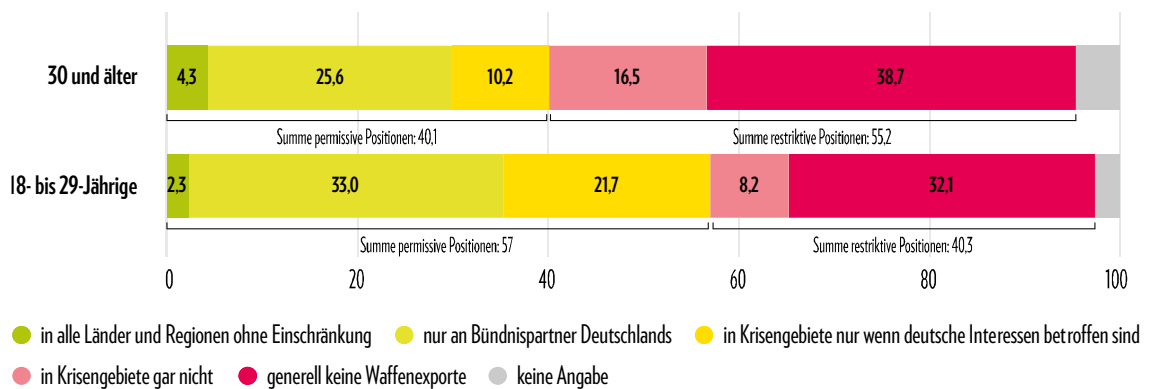
**Rüstungsexporte:
Mehrheit der Jüngeren
eher offen, Mehrheit der
Älteren restriktiv**

Waffenlieferungen sind ein weiteres sensibles Thema, bei dem die Einstellungen der jüngeren Altersgruppen deutlich von denen der älteren abweichen. Im Großen und Ganzen besteht weiterhin große Skepsis gegenüber Waffenexporten, doch die Extrempositionen „generell keine Waffenexporte“ bzw. „in Krisengebiete gar nicht“ auf der einen Seite sowie „ohne Einschränkung“ auf der anderen Seite gewinnen jeweils deutlich weniger Zuspruch von 18- bis 29-Jährigen als von Älteren (→

Schaubild 11). Umgekehrt sind jeweils deutlich mehr Jüngere als Ältere bereit, Waffen nur an Bündnispartner (Patt mit dem Totalverbot) zu liefern. Besonders eindrucksvoll ist der Unterschied in Bezug auf Krisengebiete: Mehr als doppelt so viele Jüngere (22%) als Ältere (10%) unterstützen Waffenlieferungen in Krisengebiete „wenn deutsche Interessen betroffen sind.“

In der gemeinsamen Betrachtung der restriktiven (Totalverbot und „in Krisengebiete gar nicht“) gegenüber den permissiven Positionen zu Rüstungsexporten („ohne Einschränkung“, „nur an Bündnispartner“ und „wenn deutsche Interessen betroffen“) bestehen also komplett entgegengesetzte Mehrheiten zwischen den beiden Altersgruppen, wie → Schaubild 11 ebenfalls zeigt.

Wohin sollten deutsche Rüstungsfirmen Waffen und Rüstungsgüter liefern dürfen? (Zustimmung in Prozent, N=1026)



Quelle: Forschungsgruppe Wahlen/BPA (April 2019) | Schwankungsbreite zwischen +/- 3% und +/- 9% (unter 30-Jährige) bzw. zwischen +/-1% und +/-3% (über 30-Jährige)

Schaubild 11: Waffenlieferungen, Altersdifferenzen

Fazit und weiterer Forschungsbedarf

Die hier zitierten Umfragen zeigen einen grundsätzlichen Trend zu höheren Erwartungen an eine engagiertere Außen-, Sicherheits- und Friedenspolitik Deutschlands. Dies gilt nicht nur, aber besonders stark, bei den jüngeren Deutschen. Die außenpolitischen Ereignisse aus den letzten Jahren, von Syrienkrieg über die Wahl Donald Trumps bis zur Klimakrise, führen offensichtlich gerade bei den Jüngeren nicht zu einem Wunsch, Deutschland von der Welt abzuschotten, sondern eher zu einer Erwartung an die deutsche Politik, sich aktiv einzubringen – auch wenn die Grundeinstellung der Deutschen bleibt, dies lieber nicht militärisch zu tun.

Bisherige Umfragen lassen offen, was sich die Leute unter der Übernahme von „Verantwortung“ vorstellen

Insgesamt zeigt die Analyse aber auch die Grenzen der bisherigen Umfragen zu Außen- und Sicherheitspolitik in Deutschland und den Bedarf für weitere Forschung auf. Um beispielsweise analysieren zu können, ob die Unterschiede zwischen jüngeren Deutschen und anderen Altersgruppen mit deren aktuellem Alter zusammenhängen oder es einen Kohorteneffekt für die Generation Z und jüngere Millennials gibt, wären deutlich längere, konsistente Zeitreihen erforderlich. Vor allem besteht aber Forschungsbedarf zu den Einflussfaktoren auf die außen-, sicherheits- und friedenspolitischen Einstellungen verschiedener Altersgruppen. Die hier zitierten Umfragedaten geben wenig Auskunft darüber, *warum* einzelne Altersgruppen bestimmte Mittel der Außenpolitik stärker oder weniger unterstützen oder dazu, was sich die Leute unter dem vagen Begriff der internationalen „Verantwortung“ vorstellen. Für ein genaueres Verständnis der Einstellungen von Anhänger:innen einzelner politischer Parteien oder anderer Untergruppen reicht die Zahl der Befragten der wenigen detaillierten Umfragen zur internationalen Politik nicht aus.

Auch legt allein der Vergleich zwischen den hier zitierten Umfragen nahe, dass Framing und konkrete Fragestellung die Ergebnisse beeinflussen können. Gerade weil sich die Außen-, Sicherheits- und Friedenspolitik auch von Umfragen leiten lässt, ist weitere Forschung zum Einfluss von Framing durch Frageformulierung und Kontextinformationen wie Erklärung von Zielen und Mitteln der Politik auf die Einstellungen der Wahlberechtigten in Deutschland wichtig.

Global Public Policy Institute (GPPi)

Reinhardtstraße 7
10117 Berlin

Phone +49 30 275 959 75-0

Fax +49 30 275 959 75-99

gppi@gppi.net

gppi.net